

Energie muss bezahlbar sein – RWE & Co. enteignen!

Die Energiepreise explodieren. Das macht vor allem Familien mit geringen Löhnen oder mit dem Bezug von Sozialleistungen zu schaffen. Für viele von ihnen stellt sich in diesem Winter die Frage, ob sie hungern oder frieren müssen, ob sie einkaufen oder heizen können. Aber auch Normalverdiener bekommen zunehmend Probleme.

Die Energiepreise haben in den vergangenen Monaten die Inflationsrate in Deutschland nach oben getrieben. Egal ob Strom, Gas, Diesel oder Benzin, lange gab es nicht mehr derartige Preissteigerungen im Energiesektor. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes legten die Kosten im August 2021 zum Vorjahresvergleich um 12,6 % zu. Heizöl verteuerte sich im Schnitt um 57 %, Kraftstoffe um 27 %. Beim Erdgas betragen die durchschnittlichen Kosten eines Haushalts mit 20.000 Kilowattstunden Jahresverbrauch laut Vergleichsportalen im Oktober 2021 durchschnittlich 1.402,- Euro pro Jahr, also rund 300,- Euro mehr als vor einem Jahr. Für Strom müssen die Verbraucher im Vergleich zum vergangenen Jahr 9,3 Prozent mehr zahlen. Das sind Durchschnittspreise, noch härter trifft es Menschen, die in den teuren Grundtarifen der Energieversorger landen.

Preiserhöhungen treffen Werktätige

Diese Preissteigerungen treffen einen Großteil der Werktätigen vor dem Hintergrund der seit mehr als zwei Jahren andauernden und durch die Pandemie verstärkten Wirtschaftskrise. Daran ändern auch die in den Medien gebetsmühlenartig wiederholten Berichte einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung nichts. Verschiedene Analysen zeigen, dass sich die sozialen Ungleichheiten durch die Wirtschaftskrise in der Corona-Pandemie verschärft haben. Beschäftigte, die bereits vor der Krise niedrige Ein-

kommen hatten, müssen erleiden stärkere Einbußen als jene mit höheren Haushaltseinkommen. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Alte, Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund. Je geringer das Einkommen, desto größer waren und sind die Verluste.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages erklärte im November 2021: „Die hohen Energiepreise zum Beginn der kalten Jahreszeit machen uns Sorgen. Der Bund sollte die Betroffenen unterstützen – beim Strompreis und beim Wohngeld.“ Verena Bentele vom Sozialverband VDK ergänzte, dass die Pandemie die Probleme noch verstärkt: „Die Menschen mussten mit ihren Kindern aus Infektionsschutzgründen lange zu Hause bleiben und haben deswegen natürlich mehr Energie verbraucht.“

Energiepolitik für Konzerne

Die Ursachen für die Preisexplosion für diese schon lange schwelende Energiekrise sind nicht die vermeintlichen mangelnden Gaslieferungen aus Russland oder die bösen OPEC-Staaten mit ihrer Preispolitik. Wer die vergangenen Jahrzehnte betrachtet, sieht ein Auf und Ab der Energiepreise, mal ist vom Mangel die Rede und dann wieder vom Überfluss. Auch Maßnahmen, die eine klimaschützende Energiepolitik einleiten sollen, haben damit nichts zu tun. In Wirklichkeit sehen wir hier die Auswirkungen des chaotischen kapitalistischen Wirtschaftssystems, das ausschließlich an Profiten und nicht an Umweltschutz oder sozialer Sicherheit orientiert ist. Dafür steht auch die unsoziale CO2-Steuer, die Verbraucher belastet, obwohl sie wenig an ihrem Energieverbrauch ändern können.

Klimapolitik zu Lasten der Werktätigen

Die Gefahr, die sich aus Umwelterstörung und Klimaveränderungen für die Existenz der Men-



Valentin, Zill

Landtagskandidat der DKP
im Wahlkreis Gelsenkirchen I
und Recklinghausen IV
35 Jahre • verheiratet • Journalist

Sofortforderungen der DKP

- Verbot von Strom- und Gassperren
- Ja zur Millionärssteuer, Nein zur unsozialen CO2-Steuer.
- Haushalte mit ALGII bzw. SG- BII- und SGBXII-Bezug, dem künftigen Bürgergeld erhalten einen Energiezuschlag.
- Eine Subventionierung der Energiekonzerne ist umfassend (auch durch Steuerreduktionen) abzulehnen.
- Rabatte für Großverbraucher der Industrie werden eingestellt.

schheit ergibt, ist real. Hierfür aber die Werktätigen und ihren Energieverbrauch verantwortlich zu machen, ist falsch. Falsch ist es auch, Massensteuern zu erheben, um den Verbrauch zu senken und gleichzeitig den großen Konzernen Rabatte auf ihre energieintensiven Produktionen einzuräumen. Das alles ist nur eine Fortsetzung der Umverteilung von unten nach oben. Neue energiesparende Technologien sind vorhanden, sie müssen nur eingesetzt werden.

Es ist Zeit für eine sozialgerechte Energiewende. Kernpunkt ist die Verstaatlichung der Energiekonzerne unter demokratischer Kontrolle. Weitere Informationen dazu:

www.energiepreisstopp-jetzt.de

Die DKP fordert einen gesetzlichen Preisstopp unter demokratischer Kontrolle. Die Energieversorgung gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Energie muss bezahlbar bleiben.

Am 15. Mai DKP wählen
- Valentin Zinn -

